

PRESSEINFORMATION

Berlin, den 10. Februar 2004

Europa stärken mit weniger Geld!

Die Osterweiterung ist wertvoll für die gesamte EU und rechtfertigt auch ein finanzielles Engagement der bisherigen Mitgliedstaaten. Trotzdem kritisiert Lüder Gerken, Vorstand der Stiftung Marktwirtschaft, den Vorschlag der Europäischen Kommission für die Finanzplanung 2007–2013: „Mit der Erhöhung der Finanzierungsbeiträge der Mitgliedstaaten geht die Kommission den falschen Weg.“

Die EU-Kommission hat vor wenigen Minuten ihre Finanzplanung für 2007–2013 vorgelegt. Sie sieht eine Steigerung der EU-Ausgaben von derzeit 0,97 % des Sozialprodukts auf durchschnittlich 1,14 % vor. Dies wird mit den Kosten der Osterweiterung begründet: Weil die Neumitglieder wirtschaftlich schwach sind, zahlen sie weniger ein als die Altmitglieder und erhalten zugleich umfassende Finanzhilfen. Wegen der stärkeren Bedeutung der Landwirtschaft werden langfristig viele Neumitglieder überdurchschnittlich stark von den EU-Agrarsubventionen profitieren. Diese machen derzeit 48 % des EU-Budgets aus.

Gerken kritisiert die vorgeschlagene Steigerung des Haushaltsvolumens auf bis zu 1,23 % (im Jahr 2008): „Wer Europa stärken will, sollte das nicht über eine Ausweitung des Haushaltsvolumens, sondern über eine Strategie für mehr Wettbewerbsfähigkeit tun.“ Wenn die EU das in Lissabon beschlossene Ziel erreichen will, bis 2012 zum wachstumsstärksten Wirtschaftsraum der Welt zu werden, dann dürfe sie ihre Ausgaben nicht in Subventionen stecken, mit denen überholte wirtschaftliche Strukturen zementiert werden. Gerken: „Mit Agrarsubventionen wird man nicht zum Innovationsstandort.“

Der Stiftungsvorstand fordert die Kommission auf, durch die Kürzung der Agrarsubventionen eine Erhöhung der Finanzierungsbeiträge zu vermeiden und die Einnahmen auf die wichtigen und wachstumsfördernden EU-Projekte zu konzentrieren. Diese kosteten häufig sehr wenig. So belaste das mit Abstand wichtigste wirtschaftspolitische Projekt der EU – der Binnenmarkt – den EU-Haushalt praktisch überhaupt nicht. Umgekehrt ist die Agrarpolitik nicht nur für den EU-Haushalt extrem teuer. Sie führt auch zu überhöhten Lebensmittelpreisen für die Bürger und erzwingt in den Mitgliedstaaten Strukturverzerrungen und Subventionsbürokratien.

Der europäische Poker um Prozente und Milliarden ist für die Bürger völlig unverständlich. „Wir brauchen mehr Transparenz bei der EU-Finanzierung“, so Gerken. Deshalb schlägt die Stiftung Marktwirtschaft vor, Deutschland solle seinen EU-Beitrag nicht aus dem allgemeinen Steueraufkommen, sondern isoliert aus einer separat ausgewiesenen Europa-Einkommensteuer finanzieren (nicht zu verwechseln mit einer EU-Steuer, die von der EU erhoben würde und die gravierende Nachteile hätte). Gleichzeitig wäre die allgemeine Einkommensteuer im Umfang der deutschen EU-Beiträge zu senken.

Eine solche Europa-Einkommensteuer würde allen klarmachen, um welche Größenordnungen es bei der Diskussion geht: 2003 hat jeder Bürger durchschnittlich etwa 250 Euro für die Union gezahlt, davon 120 Euro für Agrarsubventionen. Bei einem EU-Budget von 1,24 % des Sozialprodukts wären es 310 Euro gewesen.

(75 Zeilen à 40 Anschläge)

Ihr Ansprechpartner:

Dr. Katrin Schnettler
Stiftung Marktwirtschaft
Charlottenstraße 60
10117 Berlin

Tel.: (030) 206057-33
Fax: (030) 206057-57
E-Mail: schnettler@stiftung-marktwirtschaft.de
Internet: www.stiftung-marktwirtschaft.de